



**Daseinsvorsorge!**  
 Den „Tag des Wassers“ nutzten GVV und SPÖ um ein klares Bekenntnis zur kommunalen Daseinsvorsorge abzugeben. 85% der Burgenländer sind übrigens gegen jede Privatisierung der Wasserversorgung.  
**Seiten 12/13**

**Finanzausgleichsverhandlungen: Voller Einsatz für die Gemeinden**

# GVV-Schmid: Aufgaben sind fair abzugelten!

Seite 2



Foto: Manfred Murr

v.l.n.r.: GVV-Präsident LAbg. Bgm. Ernst Schmid, Landeshauptmann Hans Niessl, Jubilar Walter Prior, Bundespräsident Heinz Fischer und Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer bei der 60. Geburtstagsfeier von GVV Ehrenpräsident Prior.

Seite 10

Die Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden werden vorgezogen. Der Bund wird noch vor dem Sommer zu ersten Verhandlungen einladen. Das sei angesichts der im Regierungsprogramm festgelegten neuen Herausforderungen sinnvoll und notwendig, betont GVV-Präsident Ernst Schmid, der außerdem versichert: „Wir werden gut vorbereitet in die Verhandlungen gehen und uns massiv dafür einsetzen, dass die Gemeinden neue Aufgaben fair abgegolten bekommen.“ Die Achse Länder-Städte-Gemeinden, so Schmid weiter, müsse auch bei diesen Verhandlungen intakt bleiben.

*Der Präsident des  
 Gemeindevertreterverband Burgenland,  
 LAbg. Bgm. Ernst Schmid,  
 und sein Team  
 wünschen allen  
 GemeindevertreterInnen  
 einen schönen und erholsamen Sommer!*



**GVV-Reise nach Polen**

Mehr als 20 SP-GemeindevertreterInnen aus dem Burgenland besuchten Mitte Mai das neue EU-Mitgliedsland Polen. Fünf Tage wurde Polens schönste Stadt, Krakau, besichtigt.  
**Seite 14**

## Kommentar



Mag. Herbert  
**MARHOLD**  
GVV Burgenland

Die Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden werden vorgezogen, so BM Molterer im Mai 2007.

Damit ist klar, dass der Bund die Länder, Städte und Gemeinden schon heuer zu Verhandlungen über das neue FAG einlädt. Der GVV Burgenland wird sich im Rahmen seiner Mitgliedschaft im Österreichischen Gemeindebund – dieser ist Verhandlungspartner – massiv dafür einsetzen, dass die Gemeinden neue Aufgaben auch fair abgeholten bekommen und die Ertragsanteilsituation sich weiter verbessert.

Aufgrund der im Regierungsprogramm festgelegten neuen Herausforderungen – von Pflegegeld neu bis Mindestsicherung – kam dieser Schritt des BMF nicht überraschend. Wesentlich ist, dass der Österreichische Gemeindebund gut vorbereitet ist und auch so in die Verhandlungen mit dem Bund eintritt.

Eine wichtige Forderung des GVV ist seit Jahren eine Abschwächung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels. Nach diesem Schlüssel werden Finanzzuschüsse an die Gemeinden berechnet, wobei größere Städte tendenziell mehr Geld bekommen als kleinere Gemeinden. Nun gibt es Signale des Finanzministeriums, dass es hier Bewegung geben soll.

Das Burgenland würde von einer weiteren Abschwächung profitieren, da es überaus wichtig ist, auch den kleinen und finanzschwachen Gemeinden positive Perspektiven zu bieten. Der GVV Burgenland wird sich im Rahmen der Verhandlungen dafür einsetzen, wieder einen guten Abschluss für unsere Kommunen zu erreichen. Entscheidend ist, dass die Achse Länder-Städte-Gemeinden intakt bleibt, da wir gemeinsam mehr erreichen können, als einzeln.

Mag. Herbert Marhold  
Landesgeschäftsführer

# Für Stärkung des ländlichen Raums

**Finanzausgleich neu: GVV und SPÖ für Stärkung des ländlichen Raums. GVV-Präsident Ernst Schmid: „Finanzminister Molterer muss Farbe bekennen. Die Lippenbekenntnisse der Volkspartei reichen nicht.“**

Nachdem Finanzminister Molterer bekannt gegeben hat, dass die Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vorgezogen werden, definieren nun alle Verhandlungspartner ihre Ziele. „Die schwarz-bunte Bundesregierung hat den ländlichen Raum ausgehöhlt und den Gemeinden finanziell das Wasser abgegraben. Die Sozialdemokratischen Gemeindevertreter werden sich massiv dafür einsetzen, dass es im nächsten Finanzausgleich zu einer fairen Verteilung der Mittel kommt“, betont GVV-Präsident und SPÖ-Landtagsabgeordneter Ernst Schmid.

Von der Volkspartei erwartet sich Schmid, dass endlich die Interessen des ländlichen Raums vor Parteiinteressen gestellt werden: „Von Lippenbekenntnissen à la ÖVP Burgenland haben weder die Gemeinden noch die Länder etwas. Finanzminister Molterer wird Farbe bekennen müssen!“

„Wir vom GVV“, so Schmid weiter, „sind jedenfalls bestens vorbereitet. Wir haben die Zeit intensiv genutzt und unsere Vorstellungen für das neue FAG erarbeitet“, sagt Schmid und verweist auf zentrale Forderungen des Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes:

- > 1. Die Finanzierung der Gemeinden muss abgesichert werden, d. h. mehr Geld aus dem gemeinsamen Topf für die Gemeinden.
- > 2. Keine Verlagerung von Aufgaben des Bundes und der Länder auf die Kommunen ohne finanzielle Abgeltung.
- > 3. Bei Maßnahmen, die der Bund beschließt (Bundespfelegeldgesetz, Hausbetreuungsgesetz,...) muss der Bund auch für die Finanzierung sorgen.
- > 4. Die Achse Land/Städte/Gemeinden muss auch bei den diesjährigen Verhandlungen erhalten und gestärkt werden.

> 5. Interkommunale Zusammenarbeit vertiefen – aber ohne Zwang – und mit finanzieller Unterstützung des Bundes.

> 6. Kleinstrukturiertheit und Gemeindeautonomie müssen finanziell abgesichert werden.

Schmid: „Mit diesen Positionen geht der GVV in die Präsidiumssitzung des Österr. Gemeindebundes. Dort werden wir uns auf gemeinsame Positionen einigen und unsere Vertreter für die FAG-Verhandlungen nominieren.“

Enttäuscht zeigt sich Schmid von den Ankündigungen von Gemeindefreferent Steindl und Gemeindebund-Burgenland-Präsident Radakovits: „Beide haben die Aushöhlungs- und Kaputtsparpolitik der schwarz-bunten Regierung mitgetragen und alle Maßnahmen zu Lasten des ländlichen Raums immer brav verteidigt! So stelle ich mir keine Vertreter der Kommunen vor! Man muss die Gemeinden nicht nur vertreten, wenn es etwas zu verteilen gibt, sondern vor allem, wenn die Rahmenbedingungen schlecht sind.“

Schmid zeigt sich zuversichtlich, dass bei gutem Willen seitens des Bundes ein gutes Ergebnis für die Gemeinden und Länder bei den FAG-Verhandlungen möglich ist.

Diese und weitere Forderungen artikuliert der GVV Präsident anlässlich des Antrittsbesuchs einer Gemeindebund-Delegation bei Vizekanzler – und Finanzminister – Molterer.



Präs. Ernst Schmid (2. v. r.) bei Vizekanzler Wilhelm Molterer (3. v. l.)



**Liebe  
Gemeindevertreterinnen!  
Liebe Gemeindevertreter!**

Die österreichischen Gemeinden praktizieren seit langer Zeit in vielen Aufgabenbereichen kommunale Zusammenarbeit. Die Beispiele reichen von Zweckverbänden zur Wasserversorgung und Abwasserentsorgung über Müllentsorgung und die gemeinsame Organisation des Brandschutzes bis hin zu Projekten im Bereich Tourismus oder Regionalmarketing. Ziel dieser Zusammenarbeit ist immer die effiziente Leistungserbringung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger.

Das Burgenland ist dabei ein Musterland.

Bei uns ist, und das sage ich auch in meiner Funktion als Präsident des GVV Burgenland nicht ohne Stolz, interkommunale Zusammenarbeit bereits praktiziert worden, als es dieses Wort noch gar nicht gab.

Unser Gemeindevertreterverband selbst ist ja ein bestehendes Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit zum Vorteil und Nutzen aller beteiligten Gemeinden.

Bereits 1951 wurde der GVV in Neufeld a. d. Leitha gegründet. Erster Obmann des Verbands war Bürgermeister Friedrich Robak aus Steinbrunn, der in der Folge 1956 auch den Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland aus der Taufe hob. Ein Verband, der heute drei Bezirke des Landes mit frischem Wasser versorgt. Auch der nächste Präsident, Franz Resch aus Neutal, hat 1980 mit der Gründung des Müllverbandes wichtige interkommunale Pionierarbeit vollbracht. Damit wurde sichergestellt, dass im Bereich der Müllentsorgung im Burgenland gemeindeübergreifende Lösungen angeboten werden.

Heute gibt es im Burgenland mehr als 200 Ver-

bände, die gemeindeübergreifend arbeiten.

Neben der Wasserver- und -entsorgung sowie der Müllentsorgung haben wir noch zahlreiche Sanitätskreise, dutzende Tourismusverbände, jede Menge gemeindeübergreifende Kinderbetreuungseinrichtungen, Verwaltungsgemeinschaften sowie unsere Naturparks.

Diese kommunalen Erfolgsmodelle sind aber noch nicht ausgereizt. Zahlreiche Gemeinden sehen zukünftig eine steigende Bedeutung der interkommunalen Zusammenarbeit. Auch die SPÖ und der Gemeindevertreterverband Burgenland begrüßen interkommunale Zusammenarbeit dort, wo sie sinnvoll und effizient ist.

Wir wollen die Interkommunale Zusammenarbeit im Burgenland forcieren!

**ABER: Es gibt wesentliche Punkte, die dabei erfüllt werden müssen:**

- Die Zusammenarbeit der Kommunen muss auf freiwilliger Basis passieren
- Wir wollen keine gesetzlichen Regelungen, die interkommunale Zusammenarbeit erzwingen
- Der Finanzminister muss zusätzliche Förderanreize schaffen, um interkommunale Zusammenarbeit auch finanziell interessant zu machen
- Die Gemeindeautonomie muss in jedem Fall gewahrt bleiben

Vor allem kleinere Kommunen suchen immer häufiger gemeindeübergreifende Lösungen, um wichtige Projekte umzusetzen oder ihr Dienstleistungsangebot auszubauen. Finanzminister Molterer soll nach unseren Vorstellungen dafür zusätzliche Förderanreize schaffen, ohne die derzeitigen Finanzquellen der Gemeinden zu beschneiden.

Der GVV spricht sich

LABg. Bgm. Ernst  
**SCHMID**  
Präsident  
GVV Burgenland



dafür aus, dass im Zuge des nächsten Finanzausgleichs, der ja bereits verhandelt wird, ein Sondertopf zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit eingerichtet wird.

Ein Zugriff auf die Ertragsanteile, wie es der Gemeindebund Burgenland unter Präsident Radakovits anstrebt, ist mit uns nicht zu machen. Das würde die Finanzbasis der Gemeinden insgesamt schmälern. Uns geht es um eine „echte“ Stärkung des ländlichen Raums.

Im Gegensatz zum Gemeindebund Burgenland wollen wir nämlich keine Vorwegabzüge bei den Ertragsanteilen. Denn es ist kein großer Wurf, Geld das denn Gemeinden laut FAG zusteht, einzubehalten, um es dann wieder neu zu verteilen.

Wir wollen eine Sonderförderung, die zu keiner Verringerung der allgemeinen Mittelzuteilungen für die Gemeinden führt.

Diese „Sonder“-Bundesmittel müssen in einen eigenen Topf, der den einzelnen Ländern für zusätzliche Mittel an die Kommunen zur Verfügung steht. Im Burgenland würde sich eine solche „echte“ Sonderförderung positiv auswirken, da wir unsere bestehenden Projekte ausbauen und festigen könnten.

Gerade bei unserer Kleinstrukturiertheit hat sich die gemeindeübergreifende

Zusammenarbeit im Burgenland. z. B. bei der Kinderbetreuung oder bei regionalen Verkehrslösungen, bestens bewährt. Die Devise „Gemeinsam statt einsam“ ist uns als SPÖ und als sozialdemokratische Gemeindevertreter sehr wichtig.

Wir werden als GVV alle Anstrengungen unternehmen, um interkommunale Zusammenarbeit zu fördern und finanzielle Unterstützung dafür sicher zu stellen.

Wir werden aber auch dafür sorgen, dass es nicht zu einer Entwicklung wie in Deutschland kommt, wo interkommunale Zusammenarbeit teilweise gesetzlich verordnet wird und es in der Folge zur Zusammenlegung von Gemeinden kommt. Diese Entwicklung wollen wir von den burgenländischen Gemeinden abwenden!

Unser burgenländisches Modell mit freiwilliger Kooperation über die Gemeindegrenzen hinaus hat sich seit 1950 bewährt, wie die mehr als 200 Verbände des Landes zeigen.

Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Im Zuge der FAG-Verhandlungen ist es unser Ziel, eine Sonderförderung für diese Projekte zu erhalten, damit wir unsere Strukturen weiter stärken können.

Euer

Flexible und bedarfsorientierte Betreuung für die Altersgruppe von 1 bis 6

# Fünf Jahre gemeindeübergreifende Kinderbetreuung

**Vor fünf Jahren wurde die erste gemeindeübergreifende Kinderkrippe des Landes (GEKIP) in Draßburg gegründet. Die Gemeinden Draßburg, Baumgarten, Schattendorf und Loipersbach setzten damit einen Meilenstein in der Kinderbetreuung.**

Die Bürgermeister der vier Gemeinden haben sich damals zu diesem Schritt entschlossen, weil jede ihrer Gemeinden für sich zu klein gewesen wäre, um die Kinderbetreuung weiter zu verbessern. Mit dem damals österreichweit einzigartigen Pilotprojekt konnte die erste gemeinsame Kinderkrippe verwirklicht werden. Familienlandesrätin Verena Dunst zog gemeinsam mit dem Bürgermeister von Draßburg, LAbg. Christian Illedits, Bilanz über die vergangenen fünf Jahre.

Rund 70 Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren wurden seit dem Jahr 2002 aus den beteiligten Gemeinden im Draßburger Kindergarten betreut. Durch den Einsatz von zwei Kindergärtnerinnen und zwei Kindergartenhelferinnen kann eine intensive und pädagogisch hochwertige Betreuung gewährleistet werden. Die Öffnungs- und Ferienzeiten wurden so geregelt, dass möglichst auf die Bedürfnisse der

berufstätigen Eltern eingegangen werden kann. Die Öffnungszeiten sind von Montag bis Donnerstag von 7.15 Uhr bis 17.00 Uhr und freitags von 7.15 bis 13.00 Uhr. Geschlossen ist nur zu Weihnachten und drei Wochen in den Sommerferien.

Der finanzielle Beitrag für die Eltern kann durch die Aufteilung auf die vier Gemeinden auf einem niedrigen Niveau gehalten werden. Die Kinderkrippe bietet auch ein Mittagessen an. „Keine der vier Gemeinden wäre finanziell und organisatorisch allein in der Lage gewesen, ein derartiges Angebot auf die Beine zu stellen. Erst durch den Zusammenschluss können wir für die Altersgruppe von 1 bis 6 in allen vier Gemeinden eine lückenlose Kinderbetreuung zu leistbaren Preisen anbieten“, so Illedits.



Landesrätin Verena Dunst mit LAbg. Christian Illedits (Bürgermeister Draßburg)

„Es ist eine der wichtigsten politischen Herausforderungen, optimale Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen. Das Pilotprojekt der Gemeinden Draßburg, Baumgarten, Schattendorf und Loipersbach zeigt auch einen für kleine, finanzschwächere Gemeinden gangbaren Weg vor. Durch diese flexible und bedarfsorientierte Organisation der Kinderbetreuung kommen die vier Gemeinden den berufstätigen Eltern einen großen Schritt entgegen“, lobte Landesrätin Dunst. Mittlerweile gibt es im Burgenland 20 gemeindeübergreifende Kinderkrippen, die dem Beispiel der vier Gemeinden gefolgt sind. ◆

**Achse Knor-Bieler macht's möglich:**

## Grünes Licht für Neugestaltung der Stadtdurchfahrt

Eingesetzt – durchgesetzt: Auf Initiative von Vizebürgermeister LAbg. Vinzenz Knor wird im Zuge der Stadtkernsanierung die Ortsdurchfahrt von Güssing neu gestaltet. „Ich habe versprochen, dass ich meine Kontakte zur Landespolitik nutzen werde, um für Güssing etwas weiterzubringen. Bei Straßenbaulandesrat Helmut Bieler habe ich volle Unterstützung für unser Anliegen gefunden“, freut sich Knor über diesen Erfolg für Güssing. Der Startschuss ist bereits erfolgt. Die SPÖ-Devise „Einsatz komplett“ bringt auch mit diesem Projekt viele Vorteile für unsere Stadt:



VBgm LAbg. Vinzenz Knor, Landesrat Helmut Bieler, wHr DI Erwin Paus

- Insgesamt werden vom Land 500.000 Euro investiert;
- Die Ortsdurchfahrt wird wieder zu einer sehenswerten „Visitenkarte“ unserer Stadt;
- Die Neugestaltung der Straße und

des Stadtkerns machen Güssing mit der Burg als Wahrzeichen noch attraktiver und bringen neue Chancen für den Tourismus;

- Auch eine neue Schutzwegbeleuchtung kommt – das bedeutet mehr Sicherheit, vor allem für Kinder und ältere Menschen!

Vizebürgermeister Vinzenz Knor ist eine starke Stimme für die Stadt und die Region. Darauf können sich die GüssingerInnen auch in Zukunft verlassen: „Voller Einsatz, frische Ideen, beste Zusammenarbeit mit dem Land – so will ich mit meinem Team weiter das Beste für Güssing herausholen!“



# MOKI: LR Rezar zieht positive Bilanz

Seit 2001 ist MOKI, ein Verein für „Mobile Kinderkrankenpflege“, im Burgenland tätig. Ziel dieser mobilen Krankenpflege ist es, Kinder in gewohnter Umgebung, zu Hause bei den Eltern und Geschwistern, zu pflegen und zu betreuen, Spitalsaufenthalte so kurz wie notwendig zu halten, die elterliche Pflegekompetenz zu stärken und einen erleichterten Übergang vom stationären Spitalsaufenthalt nach Hause zu schaffen. „Ich freue mich als zuständiger Gesundheits- und Soziallandesrat, dass die Dienste des Vereins MOKI von den Eltern wirklich sehr gut angenommen werden Die

sundheitspolitik, wo wir verstärkt auf Prävention und Krankheitsvermeidung setzen“, so Rezar.

Die MOKI-Kinderkrankenpflegerinnen garantieren professionelle Pflege und Begleitung, medizinische Betreuung zu Hause, gleich bleibende Bezugspersonen, Erreichbarkeit auch am Wochenende, individuelle Abstimmung der Pfl egetätigkeit und eine Entlastung der Eltern – das alles flächendeckend für das gesamte Burgenland. Seit April 2007 ist der Elternbeitrag um 25 % pro Einzelstunde, nämlich von 16,70 auf 12,60 Euro, reduziert.

Um diese Angebote noch mehr



DKKS Doris Spalek, LR Dr. Peter Rezar, DKKS Sabine Legenstein-Piller

Mitarbeiterinnen haben in den letzten Jahren ihr Betreuungskonzept eindrucksvoll umgesetzt. Wir unterstützen die Tätigkeiten von MOKI deshalb sehr gerne, weil hier absolut professionell und gut gearbeitet wird“, betonte Landesrat Dr. Peter Rezar anlässlich der seit drei Jahren bestehenden Kooperation des Vereins mit dem Land Burgenland.

„Der Verein MOKI wirkt auch präventiv und gesundheitsfördernd und passt somit sehr gut in das Konzept der burgenländischen Ge-

burgenländischen Kindern und Familien anbieten zu können, ist MOKI sehr bemüht, neue und engagierte Mitarbeiterinnen in ihr Team aufzunehmen. Vor allem in den Gebieten Mattersburg, Oberpullendorf, Oberwart und Güssing werden diplomierte Krankenschwestern gesucht.



## GVV-Präsident Schmid: „Finanzminister Molterer muss jetzt endlich handeln!“

Die nach wie vor bestehenden großen Rückstände bei der Erlassung von Einheitswertbescheiden durch die Finanzämter Bruck, Eisenstadt und Oberwart nehmen den Gemeinden die Möglichkeit, die Grundsteuer rechtzeitig vorzuschreiben. GVV-Präsident Schmid: „Durch die Säumigkeit des Bundes entgehen den burgenländischen Gemeinden wichtige Finanzmittel. So kann es nicht weitergehen!“

Der Sozialdemokratische Gemeindevertreterverband Burgenland wurde daher bereits im Jahr 2005 tätig. Zusammen mit den zuständigen Behörden konnten neue, vereinfachte Formulare entwickelt werden, die eine Bewertung für die



## Einheitswerte: Rückstände werden immer größer ...

Sachbearbeiter auf den Finanzämtern erleichtern. Damit konnte im Bereich der neu zu bewertenden Objekte eine Entschärfung der Lage erreicht werden.

GVV-Präsident Schmid: „Die größten Probleme bereiten uns nach wie vor die großen Rückstände. Hier wird uns seitens des Finanzministeriums immer wieder versprochen, dass diese rasch aufgearbeitet werden. BM Molterer sollte den Worten nun endlich Taten folgen lassen!“

Ein Hauptproblem sind die Verjährungsfristen – denn laut geltender Gesetzeslage verjährt das Recht, die Grundsteuer festzusetzen, nach fünf Jahren. Im schlimmsten Fall müssen die Gemeinden auf Grund der Verjährung auf die Einnahmen aus der Grundsteuer verzichten. Beispiel: Die Gemeinde Rechnitz hat im Jahr 2000 schon auf eine Grundsteuer in der Höhe von 3.624,80 EURO verzichten müssen. Bewertungen für die Jahre 1990, 1991 1992 und 1993 wurden vom Finanzamt Oberwart erst 1999 erledigt.

Bei einem Besuch von GVV-Präsident Schmid bei BM Molter im Mai 2007 wurde diese Thematik erneut zur Sprache gebracht. Wieder wurde von Molterer Abhilfe versprochen. „Auch Ex-Finanzminister Grasser hat ähnliche Versprechen abgegeben, aber rasch wieder vergessen. Mit den Lippenbekenntnissen sollte jetzt endlich Schluss sein“, erhöht Schmid den Druck auf den zuständigen Finanzminister.

## Humanressourcen und neue Qualitätssegmente im Mittelpunkt

# Im Burgenland Tourismus weht ein frischer Wind...

**Das neue burgenländische Tourismusgesetz, das am 8. März 2007 vom Landtag beschlossen wurde, trat mit 11. Mai 2007 in Kraft. Landeshauptmann Hans Niessl nimmt als geschäftsführender Präsident von Burgenland Tourismus damit auch die Agenden des Tourismus im Land wahr.**

„Wir werden neue Wege gehen, die frischen Wind für den Burgenland Tourismus bringen, denn wir müssen mit Hilfe eines kreativen Marketing-Mix das ehrgeizige Ziel von 3 Millionen Übernachtungen bis 2013 erreichen

und auch das Humankapital der Menschen stärker in den Vordergrund stellen“, so Niessl.

Mit Blickrichtung inländische, vor allem aber ausländische Gäste, will Niessl daher die Mitarbeiter der burgen-

ländischen Tourismuswirtschaft fit für den wachsenden internationalen Wettbewerb machen. Um die Englischkenntnisse in den einzelnen Bereichen zu verbessern, wurde – gemeinsam mit der Hotelvereinigung – ein eigenes Modell



*Präsident Hans Niessl setzt auf Festspieltourismus und das wachsende Segment des Radtourismus.*

## Staatssekretärin Christa Kranzl auf Informationsbesuch im Burgenland

# Neue Impulse für Forschung und Innovation

Als erfolgreiches Vorzeigemodell des Burgenlandes nannte Niessl den Forschungsschwerpunkt der Optoelektronik in Jennersdorf, dessen neue LED-Technologie flexibel einsetzbar und auch sparsam ist. Ein weiterer Schwer-

punkt ist das breite Feld der erneuerbaren Energie. Hier geht es um die Gewinnung von Wärme, Strom und Gas aus Biomasse. All das werde im Burgenland bereits ebenso operativ umgesetzt wie die Entwicklung und

Verwendung von Biogas als Treibstoff.

„Die Seewinkel-Therme ist ein weiteres Vorzeigemodell, denn sie wird die erste vollkommen energieautarke Therme Österreichs sein. Die Therme wird zu 100 % ihren Energiebedarf (Strom und Wärme) aus erneuerbarer Energie beziehen. Dieses Projekt ist ein sehr gutes Beispiel dafür, dass Forschung, die auch praktische Anwendung findet, einen Nutzen für Wirtschaft und Gesellschaft hat“, hob Niessl hervor.

„Forschung, Entwicklung und Technologie spielen eine Schlüsselrolle, wenn Österreich im globalen Wettbewerb bestehen will. Ein ganz wichtiges Ziel ist es, die Forschungsquote, die derzeit bei 2,53 % liegt, bis zum Jahr 2010 auf drei Prozent zu erhöhen.

Das Burgenland selbst hat sich in den vergangenen Jahren sehr innovativ weiterentwickelt. So hat z. B. eine Expertenkommission dem Europäischen Zentrum für erneuerbare Energie in Güssing eine sehr gute Bewertung ausgestellt“, lobte Kranzl.



Foto: Manfred Murczek



entwickelt. Es sollen praxisrelevante Kenntnisse vermittelt werden. Diese Kurse sind für die Mitarbeiter kostenlos.

Weiters wird in der 2005 ins Leben gerufenen „BurgenlandTourismus Akademie“ mit dem Seminar „Selbstmotivation im touristischen Alltag“ heuer ein ganz heißes Thema angesprochen. Das Seminar richtet sich an die Geschäftsführer der Tourismusverbände, an die Mitarbeiter der ÖHV und an die „Best of Burgenland“-Betriebe. Ergänzend dazu wird im Herbst ein Experten-Club gegründet. Dabei geht es um fachliche Weiterentwicklung, aber auch um ein Hintergrundwissen über das touristische Angebot des Burgenlandes. Zielgruppe sind Rezeptionisten, Servicepersonal und Mitarbeiter der Tourismus- und Reisebüros, bei denen meist der Erstkontakt mit dem Gast stattfindet.

Um die Tagesgäste der Seefestspiele Mörbisch und der Opernfestspiele St. Margarethen für einen längeren Aufenthalt zu gewinnen, wurden gut aufgebaute Informationstools installiert. Reiseveranstalter haben damit die Möglichkeit, rasch ein komplettes



LH Hans Niessl und Burgenland Tourismus Direktor Gerhard Gucher

Gruppenprogramm mit attraktiven Angeboten und Nächtigungen zusammenzustellen. Auch das Wachstumssegment Radtourismus soll künftig stärker für den Nächtigungstourismus ausgebaut werden.

Am 16. Juni wurde die innovativste Radstrecke Österreichs, der B10 Neusiedler See-Radweg, mit modernen Designrastplätzen, eröffnet. Außerdem

werden internationale Stars auf dem Platz der Radchampions in Podersdorf wieder ihre Abdrücke hinterlassen.

„Alle einschlägigen Prognosen sagen der Tourismuswirtschaft ein starkes Wachstum voraus. Wir im Burgenland möchten unsere Chancen bestmöglich nutzen und uns ein Stück dieses Kuchens holen“, so Niessl abschließend.

# Erdgas & Solar

**BEGAS**  
Gut für die Umwelt. Gut fürs Burgenland.

**GÜNSTIGER gehts nicht!**

**Erdgasbrennwertgerät mit Solar-Anlage**

- minus 50% Investitionskosten\*
- minus 35% Energieverbrauch
- minus 30% Förderung\*\*
- minus 35% CO<sub>2</sub> für unser Klima
- und € 500,- Umweltbonus



**ENERGIE & SERVICE**  
ENERGIE & SERVICE

\* gegenüber alternativen Wärmeerzeugungsanlagen  
\*\* der Burgenländischen Landesregierung für Solar-Anlagen

AKTION gültig bis 31. Oktober 2007.  
Informationen erhalten Sie unter 0800 / 888 999



+++ AUS DEN GEMEINDEN +++

# Gesundheitspreise 2007 verliehen

## Leistungen und Engagement der Gemeinden prämiert

Im Rahmen des Vorsorgeprojekts „Gesundes Dorf“ fand heuer zum dritten Mal ein Landeswettbewerb statt, um die Gemeinden mit den besten Leistungen, Aktivitäten und Aktionen zum Thema Gesundheit verstärkt in den Vordergrund zu rücken, zu würdigen und eine entsprechende Vorbildwirkung zu erzielen. Die zehn besten Gemeinden des 56 Bewerber umfassenden Teilnehmerfeldes wurden von einer Jury, bestehend aus Mitgliedern des BAKS (Burgenländischer Arbeitskreis für Vorsorge- und Sozialmedizin) ausgewählt und im Rahmen einer Festveranstaltung in der KUGA Großwarasdorf von Gesundheitslandesrat Dr. Peter Rezar prämiert.

Den Sieg holte sich die Gemeinde Baumgarten aufgrund des breiten Angebots für alle Altersgruppen, einem speziellen Frauengesundheitsprogramm sowie der nachhaltigen Ansätze. Der zweite Platz ging an die Gemeinde Neutal, Eisenstadt kann sich über den dritten Rang freuen. Die Gewinner wurden für ihre Leistungen und Maßnahmen mit Preisgeldern in Höhe von 2.500, 1.500 und 700 Euro honoriert. Weiters wurden

die Gemeinden Draßburg, Mörbisch, Zurndorf, Neustift/Güssing, Lackenbach, Winden und Hornstein ausgezeichnet. Bei der Jurybeurteilung wurde auf das Leistungsverhältnis von Größe und Einwohnerzahl der Gemeinden, das Angebotspektrum sowie die Präsentation Rücksicht genommen.

„Das Dorf als Ort der Gesundheitsförderung bietet sich besonders an, da die Gemeinde nicht nur für administrative Aufgaben verantwortlich ist, sondern hier auch das gesellschaftliche Leben im Vordergrund steht. Mit unserer Aktion ‘Gesundes Dorf’ wurde nun die Möglichkeit geboten, Gesundheit vor Ort erlebbar und spürbar zu machen. Alle BürgerInnen konnten so ihren Beitrag zur Gesundheitsförderung, zur Gesundheitserziehung, vor allem aber zur Bewusstseinsbildung leisten“, so Gesundheitslandesrat Dr. Peter Rezar.

Als sichtbares Symbol für die Öffentlichkeit werden die prämierten Gemeinden auch durch eine Zusatztafel „Gesundes Dorf“ an den Ortstafeln gekennzeichnet.



Die Baumgartener Delegation freute sich über den Preis für den 1. Platz.



Auf Platz zwei landete Neutal, dafür gab es einen Scheck über 1.500 Euro.



Platz drei ging an die Landeshauptstadt.

## Kindergartenzubau



**STOOB:** Der Zubau des Kindergartens der Marktgemeinde Stoob geht zügig voran. Im Beisein von Bgm. Bruno Stutzenstein, des für die Planung verantwortlichen Architekten DI Reinhard Taschner, der Kindergartenleiterin Erika Wohlmuth sowie der bauausführenden Firma Pfnier wurde kürzlich die Gleichnenfeier für dieses Bauprojekt vorgenommen.

„Ich freue mich, dass die Arbeiten planmäßig und ohne negative Vorkommnisse voranschreiten, gerade deswegen, weil die Arbeiten neben der Hauptschule bzw. der Volksschule und dem Kindergarten durchgeführt werden müssen und hier stets reger Betrieb herrscht“, resümiert Bgm. Bruno Stutzenstein.

## Gedenkstätte

**MATTERSBURG:** Im alten Mattersburger Friedhof wurde eine Gedenkstätte für Roma und Sinti eingeweiht. Die Skulptur soll an die während des 2. Weltkriegs aus Mattersburg vertriebenen Mitglieder dieser Volksgruppen erinnern. Vor dem 2. Weltkrieg lebten in Mattersburg und Walbersdorf ca. 120 Roma. Nur wenige kehrten zurück. Gestaltet wurde die Skulptur vom Mattersburger Kunstschmied und Rom Karl Horvath. Sie zeigt einen gebeugten Torso. „Ich will damit die Demut vor dem Leben ausdrücken“, so Horvath. Eingeweiht wurde die Gedenkstätte von Bürgermeisterin Ingrid Salomon und Emmerich Gärtner Horvath vom Verein Roma-Service.





+++ AUS DEN GEMEINDEN +++

# Veranstaltungshallenbau: „Finanzloch“ droht ...

**DEUTSCHKREUTZ:**

„Konzeptlos, überdimensioniert und viel zu teuer“, sind für den Deutschkreutzer SPÖ-Chef und das GVV-Vorstandsmitglied Robert Friedl die Vorschläge zur Errichtung einer Veranstaltungshalle mit rund 450 Sitzplätzen. Die Kosten für Planung und Errichtung werden auf rund 3,5 Millionen Euro geschätzt. „Es gibt weder ein Nutzungs- und Auslastungskonzept noch Angaben über die Betriebskosten“, kritisiert Friedl. „Bürgermeister Kölly manövriert unsere Gemeinde in ein Finanzdesaster. Die Vorgangsweise ist schlicht unverantwortlich.“ Die SPÖ wollte vor der Vergabe der Arbeiten eine Bürgerbefragung durchführen. ÖVP und Kölly nutzen jedoch ihre Mehrheit aus, um das im Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und FPÖ Deutschkreutz ent-



Robert Friedl zeigt sich besorgt.

haltene Projekt einer Veranstaltungshalle durchzudrücken.

Friedl stört vor allem, dass die Bevölkerung bei einer so großen Ausgabe nicht mitreden darf: „Als es um die Errichtung der Windenergieanlage gegangen ist, haben wir selbstverständlich die Bevölkerung mit eingebunden. Jetzt fährt der Bürgermeister mit seiner schwarz-blauen Mehrheit über alle Bedenken knallhart drüber“, zeigt sich Friedl verärgert.

Die SPÖ befürchtet, dass die Gemeindekasse für Jahre schwer belastet wird.

„Wir wollen daher keine überstürzte Ho-Ruck-Aktion, sondern eine sinnvolle Investition, von der die Deutschkreutzer mehr haben als nur Schulden“, sagt Friedl: „Die Gigantomanie des Bürgermeisters darf nicht auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen werden.“



## Spielplatz und Verkehrssicherheit

**OBERPULLENDORF:** 20% der Bevölkerung von Oberpullendorf wohnen bei den Pöttschinger Siedlungen – vor allem junge Familien mit Kleinkindern!

Die SPÖ wird daher in der kommenden Gemeinderatssitzung einen Antrag zur Errichtung bzw. Sanierung eines Kinderspielplatzes in diesem Bereich stellen.

„Ich bin der Meinung, dass in einem Siedlungsgebiet mit vielen Familien ein Kinderspielplatz zur Infrastruktur gehört. Die Gemeinde hat dafür auch die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen!“ fordert Vizebürgermeister Gruber.

**VERKEHR:** Die Bewohner der Mühlbachgasse leiden unter dem unerträglichen Verkehrsaufkommen. Grund: „Es gibt kein Verkehrskonzept in unserer Stadt, obwohl es von der ÖVP und Bgm. Geißler schon lange versprochen wurde! Viele Bewohner leiden unter den Zuständen - besonders jene in der Mühlbachgasse! Eine Erhebung hat ergeben, dass durchschnittlich über 1.100 Fahrzeuge pro Tag auf dieser Straße fahren. Trotz der 30er-Geschwindigkeitsbeschränkung sind vielfach weit höhere Durchschnittsgeschwindigkeiten festzustellen. Auch viele Lkw und Autobusse nützen diese Ausweichstraße in und aus dem Stadtzentrum. Die SPÖ Oberpullendorf mit Vizebürgermeister Wolfgang Gruber regt daher an, in der Mühlbachgasse eine LED-Geschwindigkeitsanzeige aufzustellen und ein generelles Fahrverbot für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen zu erlassen.“

# Generationen-Wohnprojekt

**DRASSBURG:** Die Gemeinde Draßburg startet im sozialen Wohnbau durch: Kürzlich wurde die Gleichenfeier für den ersten Bauabschnitt eines generationenübergreifenden Wohnbauprojekts in der Karl-Stix-Gasse begangen. Dabei werden von der Oberwarter Siedlungsgenossenschaft vier betreute Wohneinheiten für Senioren und drei weitere Wohnungen für Jungfamilien realisiert. Gleichzeitig erfolgte der Spatenstich für zwei weitere Bauetappen, in deren Rahmen sechs

Wohnungen und drei Reihenhäuser für Jungfamilien errichtet werden.

„Draßburg bekommt damit das erste betreute Wohnprojekt. Damit können ältere Draßburger weiterhin selbstbestimmt in ihrer Heimatgemeinde leben und gleichzeitig qualifizierte Betreuung in Anspruch nehmen“, betont Bürgermeister LABg. Christian Illedits. „Wir setzen auf das soziale Miteinander. Damit fördern wir die Lebensqualität in Draßburg“, so Ortschef Illedits.

## FÜR IHR POSITIVES IMAGE

◆ ◆ DVD + ZEITUNGS-PRODUKTIONEN

◆ Städte + Gemeinden

◆ Verbände + Vereine

◆ Firmen + Industriebetriebe

◆ POLITIKERPORTRAITS

◆ MIT 007-WAHLBONUS

**MEDIA & MARKETING**

**M.+I. Murczek OEG**

**Lisztgasse 2**

**A-2491 Neufeld/L.**

**02624 / 52 10 25**

**0676 / 610 62 97**

**murczek@aon.at**



# E-Government: Fluch oder Segen?

**Welche Rollen spielen Länder und Gemeinden in diesem Großprojekt des Bundes?**

von Mag. Klaus MEZGOLITS



Das E-Government-Gesetz des Bundes hat mit seinem Inkrafttreten die rechtliche Grundlage dafür geschaffen, dass die BürgerInnen sich bestimmte Amtswege ersparen und viele Verfahren (zumindest die Antragstellung) bequem vom PC zu Hause oder vom Arbeitsplatz aus und unabhängig von Amtsstunden erledigen können.

Unter diesen Aspekten – nämlich Zeitersparnis, Bequemlichkeit und Unabhängigkeit von Parteienverkehrszeiten der Behörden – ist das neue Gesetz ein dickes Plus für die BürgerInnen – zumindest in der Theorie.

**Wie sieht es allerdings in der Praxis aus? Und welche Schritte sollen in Zukunft folgen?**

Zurzeit haben wir noch die Situation, dass Elektronik und Papier mehr oder weniger friedlich koexistieren.

Die Frage, die sich dabei stellt, ist: „Wie lange noch und stehen wir an der Schwelle zur 2-Klassen-Verwaltung?“

Wir sollten uns zuerst folgenden Fragen widmen:

1) Wie hoch ist der Anteil der auf elektronischem Wege eingebrachten Anbringen in Relation zu allen Anbringen?

2) Wie hoch ist der Anteil der BürgerInnen an der Gesamtbevölkerung, der über keine so genannte Bürgerkarte verfügt und diese Möglichkeiten nicht oder nur eingeschränkt nutzen kann?

3) Bei wie vielen Bezirksverwal-

tungsbehörden und Gemeindeämtern besteht die Möglichkeit der Einbringung gem. § 5 Abs. 3 E-Government-Gesetz?

4) Wie hoch ist der Anteil der aufgrund dieser „Stellvertreterregelung“ eingebrachten Anbringen an der Gesamtzahl der auf elektronischem Wege eingebrachten Anbringen?

Um voreilige Schlüsse zu vermeiden: Ich bin keineswegs gegen die geltenden Regelungen, muss aber anmerken, dass ich mich ganz eindeutig gegen die Abschaffung des „Papierweges“ ausspreche und zwar aus folgenden Gründen:

1) Die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger verfügen nicht über die Möglichkeit, Anbringen auf elektronischem Wege an die Behörden heranzutragen.

2) Eine nicht unwesentliche Zahl der Bürgerinnen und Bürger (auch Menschen mit PC Kenntnissen) empfinden eine gewisse Scheu davor, sich via PC und Internet an die Behörden zu wenden – insbesondere dann, wenn es um sehr persönliche Angelegenheiten geht.

3) Die derzeit geltende „Stellvertreterregelung“ ist für alle Beteiligten generell problematisch.

**Was ist aber nun der Stellvertreter im Sinne des § 5 Abs. 3 überhaupt? Ist er nur Identitätszeuge? Ist er auch für den Inhalt ve-**

**rantwortlich? Ist er auch Zustellungsbevollmächtigter (für Rückfragen der Behörde)?**

Diese Fragestellung ist unproblematisch, solange der „Stellvertreter“ eine Kann-Bestimmung bleibt. Wenn aber aus dem **KANN** ein **HAT** wird – und diese Gefahr besteht durchaus, dann könnte sich folgendes Szenario ergeben: Man spielt wieder einmal **grauer Finanzausgleich** indem der Bund durch E-Government-Kosten in der Aktenverwaltung einspart und dafür die Länder und die Gemeinden mit zusätzlichen Aufgaben (und damit Kosten) belastet.

Es ist außerdem wohl nur schwer mit den elementaren Spielregeln unseres Rechtsstaates vereinbar, wenn hier die Gemeindeämter quasi zur dezentralen Einlaufstelle der übergeordneten Behörden werden sollen – und dies noch dazu ungeachtet des örtlichen und sachlichen Zuständigkeitsbereiches.

Last but not least waren und sind die Gemeinden, ihre Funktionsträger und Mitarbeiter in der Vergangenheit und Gegenwart erste Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger. Dies wollen wir auch zukünftig sein, aber wir wollen nicht (und schon gar nicht ohne angemessene Entschädigung) eine dezentrale Einlaufstelle aller möglichen Bundesstellen werden!

Das kann nicht ureigenste Aufgabe der Gemeinden sein.

## Walter PRIOR 60! Rauschendes Fest in Klingebach

Landtagspräsident Walter Prior ist 60. Seinen eigentlichen Geburtstag hatte der Jubilar bereits am 9. März, richtig gefeiert wurde der „Runde“ aber am 1. Juni in der Veranstaltungshalle in Klingebach. Mehr als dreihundert geladene Gäste ließen den ehemaligen GVV-Präsidenten und Bgm. a. D. von Siegendorf hochleben. An der Spitze der Ehrengäste stellte sich kein Geringerer als Bundespräsident Dr. Heinz Fischer selbst ein, den eine langjährige Freundschaft mit Walter Prior verbindet.

Außerdem anwesend: Landeshauptmann Hans Niessl, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Gemeindevertreterverband-Präsident Ernst Schmid, die Landesräte Verena Dunst, Dr. Peter Rezar und Helmut Bieler, die Klubobmänner Christian Illedits, Rudolf Strommer und Grete Krojer sowie Ehrengäste aus Deutschland. Walter Prior zeigte sich in seiner Ansprache gerührt. Die Feierlichkeiten dauerten bis spät in die Nacht.



v.l.n.r.: GVV-Präsident LAbg. Ernst Schmid, Landtagspräsident und GVV-Ehrenpräsident Walter Prior, GVV-Geschäftsführer Mag. Herbert Marhold und der Bürgermeister von Zagersdorf, Helmut Zakall.



## Gegen negativen Trend

# „No alc but fun“-Kampagne prolongiert

**„Jugend und Alkohol“ ist ein Thema, das derzeit nicht aus den Schlagzeilen kommt. Jüngste Zahlen und aktuelle Meldungen über die Trinkgewohnheiten Jugendlicher geben Anlass zur Sorge.**

Zudem kommen vermehrt gesundheitlich risikoreichere Formen des Konsums auf. „Aufgrund von positiven Erfahrungswerten von früheren Aktivitäten wird unter dem Motto ‘No alc but fun’ auch heuer diese Kampagne durchgeführt. Die letzten Jahre haben nämlich gezeigt, dass vor allem Sommerfeste ein Problem beim Alkoholkonsum von Jugendlichen darstellen. Zu oft werden von den Veranstaltern die Altersgrenzen bei der Abgabe von Alkohol nicht beachtet bzw. versuchen Jugendliche die bestehenden gesetzlichen Regelungen zu



*Landesrätin Verena Dunst mit Kinder- und Jugendanwalt Mag. Christian Reumann und Mag. Elira Kain, Referatsleiterin für Jugendschutz.*

## Doppelstrategie

umgehen“, so Landesrätin Verena Dunst. „Damit“, so Dunst weiter, „verfolgen wir eine Doppelstrategie. Zum einen verstärken wir die Schwerpunktkontrollen durch die Exekutive während der Sommermonate. Gleichzeitig starten wir diese Kampagne, die vor allem eine Bewusstseins bildende Wirkung zum Ziel hat. Geplant ist, bei möglichst vielen Zeltfesten Plakate von „No alc but fun“ aufzuhängen. Damit sollen auch die Veranstalter ein Zeichen setzen, damit sie ihre Unterstützung für alkoholfreie Sommerfeste für Jugendliche bekunden.“

Jeder Veranstalter, der sich an dieser Aktion beteiligt, erhält eine Gutschrift in Wert von 150 Euro bei Vorlage von Getränkerechnungen vom Einkauf von antialkoholischen Getränken. Die Plakate sind bei der jeweiligen Bezirkshauptmannschaft zur Abholung durch die Veranstalter hinterlegt. Die Plakate selbst wurden von den Teilnehmern des „Streetwork Projekts Oberwart“ gestaltet und angefertigt. Mit dieser Präventivmaßnahme und entsprechenden normativen Rahmenbedingungen, die im Burgenländischen Jugendgesetz seit 1. Jänner 2007 verankert sind, will man dem negativen Trend erfolgreich entgegenwirken.

Für Mag. Christian Reumann hat dieses Verhalten der Jugendlichen vor allem aber auch einen familiären und sozialen Hintergrund: „Getrunken wird in unserer Gesellschaft schon seit

## Sozialer Background

Jahrzehnten. Bei dieser speziellen Klientel steht aber hauptsächlich die Verdrängung mangelnder Zukunftsperspektiven und ein damit verbundenes Frust- und Wegtrinken aus der Realität im Vordergrund. Extremfälle hat es und wird es auch immer geben. Ich wünsche mir nur, dass es weniger werden.“

Lösungsansätze sieht Mag. Reumann in einer Verstärkung der Kontrollen durch mehr Exekutivpersonal, aber auch im Familienkreis selbst, wo es notwendig ist, die Eltern mehr in die Pflicht zu nehmen. In diesem Zusammenhang verweist Landesrätin Dunst auf die Initiativen der Familienberatung und deren unterstützende bzw. aufklärende Wirkung.

## Neues Pflichtschulgesetz ist „auf Schiene“

„Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 startet im Burgenland wie angekündigt mit nächstem Schuljahr und wird im Pflichtschulgesetz auch gesetzlich abgesichert. Ein entsprechender Entschließungsantrag ist auf Initiative der SPÖ bereits am 8. März im Landtag beschlossen worden – die ÖVP hat damals dagegen gestimmt“, stellt SPÖ-Klubchef Christian Illedits (Bild) zur aktuellen Bildungsdiskussion klar: „LH Hans Niessl hält, was er verspricht!“



SOZIALDEMOKRATISCHER  
GEMEINDEVERTRETERVERBAND  
**BURGENLAND**

## GVV und SPÖ: Klares Bekenntnis zum Gemeinnützigkeitsprinzip

# „Tag des Wassers“ – Leistbare Daseinsvorsorge wichtiger denn je!

Anlässlich des „Internationalen Tag des Wassers“ geben der Sozialdemokratische Gemeindevertreterverband und die SPÖ Burgenland ein klares Bekenntnis zur kommunalen Daseinsvorsorge ab. „Die zentralen Ver- und Entsorgungsdienstleistungen müssen weiter mehrheitlich in öffentlicher Hand bleiben. Nur so kann die elementare Grundversorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum leistbar und flächendeckend abgesichert werden“, betont GVV-Präsident Ernst Schmid.

SPÖ-Klubchef Christian Illedits verweist auf eine aktuelle Umfrage, wonach sich 85 Prozent der Burgenländer gegen jede Privatisierung der Wasserversorgung aussprechen: „Das bestätigt den erfolgreichen burgenländischen Weg im Bereich der kommunalen Wasserverbände, ist aber auch ein

klarer Auftrag an die Politik. Die SPÖ versteht sich als ‚Schutzmacht‘ des Gemeinnützigkeitsprinzips. Wir werden weiter aktiv gegen alle Liberalisierungstendenzen im Bereich der Daseinsvorsorge auftreten.“

Dem GVV Burgenland ist der ländliche Raum ein besonderes Anliegen –

„denn unsere Gemeinden sind das Rückgrat der positiven Entwicklung des Burgenlandes“, so Schmid: „Bei der

### LÄNDLICHER RAUM

Stärkung des ländlichen Raums kommt der Daseinsvorsorge eine Schlüsselstellung zu. Nur wenn die Infrastruktur und die öffentlichen Dienstleistungen ‚passen‘, können sich die ländlichen Regionen weiterentwickeln und Abwanderungstendenzen gestoppt werden. Unsere Gemeindeverbände sind Garant dafür.“ Zur kommunalen Daseinsvorsorge zähle neben der Versorgung mit und der Entsorgung von Wasser auch die Versorgung mit Energie, die Beseitigung von Müll und auch eine zeitgemäße öffentliche Infrastruktur. Der Aufbau kommunaler Ver- und Entsorgungsnetze im Burgenland sei „eine

## Serviceorientierte Dienstleistungsqualität

# Umfragewerte zeigen hohe Zufriedenheit mit BH Oberwart

92 % der BürgerInnen sind mit ihrer Bezirkshauptmannschaft sehr zufrieden bzw. zufrieden. Dies ist das Ergebnis einer empirischen Erhebung der Dienstleistungsqualität der Bezirkshauptmannschaft Oberwart, die vom Amt der Burgenländischen Landesregierung in Auftrag und von Absolventen des Fachhochschulstudiengangs für Internationale Wirtschaftsbeziehungen durchgeführt wurde. Auf Basis von Interviews wurden 500 Bürger sowie alle Amtsmänner und Bürgermeister des Bezirks, aber auch die Bediensteten selbst zu diversen Themenkomplexen – Öffnungszeiten, Zuverlässigkeit, Erreichbarkeit, Ausstattung, Engagement oder räumliche Atmosphäre – befragt.

„Das ist wirklich ein ausgezeichneter Wert. Damit wurde der Bezirkshauptmannschaft Oberwart ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt“, betonte Personalreferent Landeshauptmann Hans Niessl in Oberwart.

In den letzten Jahren hat das Land Reformen in der Verwaltung nicht nur diskutiert, sondern auch umgesetzt. Das Burgenland konnte sich dadurch



*Lob von den Bürgern, aber auch von Landeshauptmann Hans Niessl und Landesrat Helmut Bieler für die BH Oberwart.*

zu einem Vorreiter in punkto Verwaltungsinnovation entwickeln. Das zeigen die Auszeichnungen zum „Amtsmanager des Jahres“, das Geographische Informationssystem, der elektronische Akt in der Wohnbauförderung

sowie der erarbeitete Produktkatalog und die Bürgerservicestellen bei den Bezirkshauptmannschaften.

„Das bedeutet, je näher eine Behörde beim Bürger ist, umso größer ist die Zufriedenheit mit dieser Behörde. Das bestätigen auch die Bürgerbefragungen zu den Bezirkshauptmannschaften, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden“, so der Vorsitzende der Verwaltungsgruppe Innovation, Bauenlandesrat Helmut Bieler. Dazu Bezirkshauptmann-Stellvertreter Dr. Hermann Sagmeister: „Die positiven Imagewerte freuen uns natürlich sehr, denn sie sind das Ergebnis eines Teams, das hier tätig ist und deren Leistungen anerkannt werden.“

Das Ziel, so Niessl und Bieler abschließend, nämlich noch mehr Effizienz und noch mehr Effektivität zu erreichen, wird auch mit der Zusammenlegung der technischen Abteilungen des Landes verfolgt.

Durch diese Zusammenlegung könnten Synergien genutzt werden. Profitieren werden davon die Mitarbeiter, aber auch – durch raschere Abläufe und Kostenersparnisse – die Burgenländerinnen und Burgenländer. ◆



Erfolgsgeschichte mit sozialdemokratischer Handschrift“, so Schmid.

Als einen wichtigen Beitrag sieht Klubobmann Christian Illedits das neue Wasserleitungsverbandsgesetz, das derzeit auf Landtagsebene verhandelt wird und die rechtlichen Rahmenbedingungen modernisieren soll: „Uns geht es auch in Zukunft um möglichst schlanke und effiziente Verbandsstrukturen im Interesse der Bevölkerung. Dadurch wollen wir das Prinzip der Gemeinnützigkeit bei der Versorgung mit dem Lebensmittel Nr. 1, dem Wasser, stärken.“

Die SPÖ habe auch mit der Verankerung der öffentlichen Mehrheit an der BEWAG in der Landesverfassung „klar Flagge gegen neoliberale Denksätze gezeigt“, so Illedits abschließend.



◆ *Die Gemeinnützigkeit des Lebensmittels Nr 1, des Wassers, muss gewährleistet bleiben.*

## Apropos Gemeinderatswahlen 2007

- Am 7. Oktober dieses Jahres geht es im Burgenland um eine entscheidende Wahl. In 170 Gemeinden stimmen die BurgenländerInnen über die Zusammensetzung ihrer Gemeinderäte und über ihre BürgermeisterInnen ab. Die Vorbereitungen für diese wichtige Gemeinderatswahl, insbesondere die werblichen Vorbereitungen und inhaltlichen Positionierungen von SPÖ und GVV, sind auf Schiene gebracht.

- Der GVV Burgenland hat die gesamte Finanzierung der TrainerInnenausbildung übernommen und drei Regional-Konferenzen zur Information durchgeführt. Seit Mitte Mai stellt der GVV den Gemeinden auch das neue Wahlhandbuch zur Verfügung. Am 1. September 2007 wird es eine große Landeskonferenz des GVV in Raiding geben – sie stellt gleichzeitig den offiziellen Auftakt für den Intensivwahlkampf bis zum 7. Oktober dar.

- Die Übernahme der Kampagnenlinie ist für die Gemeinden völlig kostenlos. Jene Ortsorganisationen, die an der Kampagne teilnehmen, haben lediglich die Schlussadaptierungen sowie die Produktion der Werbemittel zu übernehmen.

- Die SPÖ Landes- und Bezirksorganisationen wiederum sind verantwortlich für die Planung der überregionalen Werbekampagne. Darunter fallen – nach der Gestaltung der Bezirkskonferenzen und des Landesparteitags – nun die Kampagne „Einsatz komplett. Von A bis Z.“ und das Fotoshooting mit den SpitzenkandidatInnen.

- Für die Give-Aways (kleine Werbegeschenke) wurde die Firma P1 (Redshop) beauftragt. Die Bestellungen der Give-Aways können direkt unter **[www.drucksortenplattform.at](http://www.drucksortenplattform.at)** vorgenommen werden. Diese Seite wird auch über die Websites der SPÖ Burgenland und des GVV Burgenland erreichbar sein. Eine genaue Anleitung für die Bestellung der Give-Aways findest Du ebenfalls unter dieser Web-Adresse.

**WICHTIG:** Alle, die die Give-Aways über

**[www.drucksortenplattform.at](http://www.drucksortenplattform.at)** bestellen, erhalten einen 5%igen Bonus.

- Für die Bereitstellung der einzelnen Werbeprodukte (Folder, Plakate, ... etc.) haben wir zwei Agenturen beauftragt, eine für das Nord- und eine für das Süd-

burgenland. Im Nordburgenland ist dies die Agentur AUT-MEDIA, für das Südburgenland die Firma P1 (REDSHOP).

**Wir ersuchen, das Zeitfenster bis Ende Juli für die Bestellungen zu nutzen, da erfahrungsgemäß im August und September die hektische Phase des Wahlkampfes einsetzt und dann viele Bestellungen auf einmal eingehen.**

Gedruckt wird zentral bei der Druckerei Kenad & Danek in Hornstein. Sollte ein Druck in einer anderen Druckerei gewünscht werden, so sind die Preise mit dieser Druckerei vom Besteller aus zu verhandeln.

**Agentur NORD:** AUT-MEDIA  
[www.aut-media.at](http://www.aut-media.at)  
[office@aut-media.at](mailto:office@aut-media.at)  
 Tel: 05 9010 26570  
 Fax: 05 9010 26571

**Agentur SÜD:** P1 GmbH  
[www.redshop.at](http://www.redshop.at)  
[office@redshop.at](mailto:office@redshop.at)  
 Tel: 03573 25 0 28  
 Fax: 03573 34 290 20



# GVV-Reise nach Polen

Von 16. bis 20. Mai besuchten mehr als 20 SP-GemeindevertreterInnen aus allen Bezirken des Burgenlandes das neue EU-Mitgliedsland Polen.

Die Gruppe unter der Führung von

das Salzbergwerk Wieliczka, der Marienwallfahrtsort Tschenschoch sowie als besonderer geschichtlicher Höhepunkt das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau besucht.



Die Gemeindevertreter bei ihrem Rundgang durch Krakau. Man war von der schönen Bausubstanz begeistert.



GVV-Präsident Schmid verbrachte insgesamt 5 Tage in der polnischen Stadt Krakau, die als die schönste Stadt Polens gilt, sowie in den umliegenden Regionen.

Hauptaugenmerk dieser Reise war es, Gemeindestrukturen außerhalb Österreichs kennen zu lernen sowie den Zusammenhalt zwischen dem GVV und seinen Mitgliedern zu fördern.

Die GemeindevertreterInnen zeigten sich von der Dynamik und der schönen Bausubstanz in Krakau beeindruckt. Neben Krakau wurde auch noch

Anzumerken war, dass es im touristischen Bereich in Polen natürlich noch leichte Defizite gibt, die jedoch sicherlich bald behoben sein werden.

GVV-Präsident Schmid zog nach der Reise eine positive Bilanz: „Polen und speziell Krakau ist auf jeden Fall eine Reise wert. Wir haben trotz der leichten



Schwächen im Bereich der Infrastruktur in Polen einen sehr schönen Aufenthalt verbracht und für alle Teilnehmer eine interessante Reise organisiert.“

Der Gemeindevertreterverband bedankt sich bei allen TeilnehmerInnen für die tolle Disziplin und verspricht, auch nächstes Jahr eine attraktive Reise zu organisieren.



## Konferenz zur Stadt-Umland-Dynamik

Am 12. Juni veranstaltet der RGRE in Zusammenarbeit mit der parlamentarischen Untergruppe „Urban Housing“ in Brüssel ein Seminar mit dem Titel „Stadt-Umland-Dynamik: in Richtung einer integrierten territorialen Governance“. Dieses Seminar kann als Fortsetzung der Konferenz vom 9. November 2006 gesehen werden, bei der der ländliche Raum im Mittelpunkt stand. Nun werden die Beziehungen zwischen urbanen und ländlichen Räumen beleuchtet.

Diskutiert wird u. a. darüber, wie sich Wettbewerbsfähigkeit und Kooperation zwischen ländlichen und städtischen Partnern fördern lassen und wie mit dem Problem der Zersiedelung umzugehen ist. Im Rahmen eines runden Tisches, an dem u. a. Bgm. Michael

Häupl teilnehmen wird, erhalten Lokal- und Regionalpolitiker Gelegenheit zum Austausch mit ihren europäischen Kollegen sowie mit führenden Vertretern der EU-Institutionen.

Der Österreichische Gemeindebund wird bei dieser Veranstaltung durch Vizepräsident Bernd Vögerle vertreten sein, der als Bürgermeister im Wiener Umland auch aus eigener Erfahrung berichten wird. Die Teilnahme an der Konferenz ist kostenlos.

### Parlament einigt sich zu ÖPNV-Verordnung

Am 10. Mai verabschiedete das Plenum des EU-Parlaments in zweiter Lesung seinen Bericht zur ÖPNV-Verordnung. Dabei näherte sich das Parlament dem für die Kommunen erfreulichen gemeinsamen Standpunkt des Rates an, womit ein Ende des

Gesetzgebungsverfahrens noch vor der Sommerpause wahrscheinlich wird.

Der aktuelle Text ermöglicht u.a. Inhouse-Vergaben für ausgegliederte Einheiten (Kontrolle wie über eine eigene Dienststelle), Direktvergaben von „kleinen“ Verkehrsdienstleistungen (Aufträge unter 1 Mio. EURO bzw. unter 300.000 km/Jahr mit der Möglichkeit, diese Volumen für KMU-Aufträge zu verdoppeln), Festlegung sozialer Qualitätsstandards durch die beauftragende Behörde (Arbeitsbedingungen, Fahrgastrechte, Umweltschutz) uvm.

Wie aus Ratskreisen zu erfahren war, wird der Rat die vom Parlament vorgeschlagenen geringfügigen Änderungen akzeptieren, womit das Verfahren noch unter deutscher Ratspräsidentschaft abgeschlossen werden und die Verordnung 2009 in Kraft tritt.







# GVV – Super-Sonderkonditionen bei Grand Tours

**Gruppenreisen  
(Parteiausflüge möglich) -  
Vorschau Herbst 2007**

- Besonderer "GVV-Preisnachlass"!
- Keine Buchungsgebühren!
- Keine Anzahlung! (Sie bezahlen erst eine Woche vor Reiseantritt und nach Erhalt der Reiseunterlagen.)
- Bestpreisgarantie!
- Gratis Wochenende für 2 Pers. in einem 4-Sterne Hotel in der Thermenregion nach der 4. Buchung!
- Diese Sonderkonditionen gelten auch für alle last-minute-Buchungen und andere Sonderaktionen.
- Gebucht wird aus allen Veranstalterkatalogen (TUI, Gulet, Neckermann, Dertour, FTI, Terra, ).
- Die Buchungen erfolgen telefonisch oder per mail.
- Vergleichen Sie, es lohnt sich bestimmt!



**€ 469,-  
MALTA**

Flug nach MALTA 26.-28.10.2007 (FR-SO)  
Linienflug mit Lauda Air, optimale Flugzeiten, Transfers, Hotel San Antonio \*\*\*\*, 2 x NF, inkl. aller Flughafentaxen!



**€ 99,-  
PRAG**

Busreise Vorweihnachtliches PRAG 7.-9.12.2007  
(Jeder andere Termin auch möglich!)  
Busfahrt ab Wien, 2 x NF im 4-Sterne Hotel Korinthia, 2 x Stadtbesichtigung mit Führung!



**€ 99,-  
BUDAPEST**

Busreise Vorweihnachtliches BUDAPEST 7.-9.12.2007  
(Jeder andere Termin auch möglich!)  
Busfahrt ab Wien, 2 x NF im 4-Sterne Hotel Budapest, 2 x Stadtbesichtigung mit Führung!



**€ 399,-  
HAMBURG**

Städteflug HAMBURG 11.-14.10.2007 (DO-SO)  
Optimale Flugzeiten, alle Transfers, 3-Sterne Hotel direkt im Zentrum, 3 x NF, Stadtrundfahrt, inkl. aller Flughafentaxen!



# AUCH DARAUF SIND WIR STOLZ.



BEWAG. Ein Partner der EnergieAllianz Austria. ★ EURO RSCG VIENNA

**Die BEWAG steht für Innovation.** Vor allem, wenn es um reine Energie geht. Der intelligente Einsatz der Windenergie und das Know-how unseres Tochterunternehmens Austrian Wind Power haben das Burgenland zur absoluten Vorzeigeregion gemacht. Bei Ökostrom sind wir die Nummer 1 Österreichs. Genau das macht uns stolz. Aber noch stolzer machen uns strahlende Kinderaugen wie diese.

**BEWAG. WIR SIND ENERGIE.**

[www.bewag.at](http://www.bewag.at)

**BEWAG**

**I M P R E S S U M**

Medieninhaber und Verleger:  
Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband  
Permayerstraße 5, 7000 Eisenstadt  
[www.gvvgld.at](http://www.gvvgld.at)  
Herstellung: Kenad&Danek,  
Industriestraße 1/11, 7053 Hornstein  
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt  
**Zulassungsnummer: 02Z034036 M**